

Eberhard Aurich

Zur Online-Petition auf [openpetition](#)

# "Refugee's Welcome" in Berlin Adlershof und überall! Solidarität statt Kriminalisierung!

---

Der rassistischen Mobilisierung gegen Geflüchtete und ihre Unterbringung, ihre Kriminalisierung und Ausgrenzung insbesondere durch Nazis aber auch einen anschlussfähigen Teil der Bevölkerung sowie Anwohnerschaften muss sich sofort, aktiv und offensiv entgegengestellt werden. Erneut versuchen sie über eine Petition hier bei [openpetition](#) gegen eine Unterbringung nun in Berlin- Adlershof zu hetzen und Ängste über die Kriminalisierung von Geflüchteten zu schüren. Weiterhin sollen gesamtgesellschaftliche Probleme und soziale Fehlentwicklungen auf Menschen wegen ihrer vermeintlichen Herkunft, Religion, Lebensweise oder dem sozialen Status reduziert und ethnisiert werden sowie pauschal negative Zuschreibungen auf ganze Bevölkerungsgruppen zu ihrer Kriminalisierung genutzt werden. Dagegen ist Solidarität, Unterstützung und Aufklärung notwendig. Fluchtgründe sowie Fehlentwicklungen sowie deren Ursachen, Verursacher\_innen und Profiteuer\_innen müssen benannt und tatsächliche Lösungsansätze eingefordert werden. Flucht ist kein Verbrechen und Asyl ein universales Menschenrecht. Wir heißen Geflüchtete willkommen und treten für dauerhaft menschenwürdige sowie sichere Lebensbedingungen und eine selbstbestimmte Teilhabe auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens ein! Ohne Isolierung, Ausgrenzung, Diskriminierung und Kriminalisierung! Egal wann, egal wo. Ob Berlin Adlershof, Hellersdorf, Leipzig, Schneeberg oder anderswo! Die notwendigen Rahmenbedingungen können wir aktiv und solidarisch mit gestalten und auch einfordern. Gemeinschaftsunterkünfte werden dabei durchaus berechtigt als Teil des Problems und nicht einer Lösung kritisiert. Um sich hier solidarisch gegen Nazis und Rassist\_innen zu zeigen, ist also keine Zustimmung zu einer Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften anstatt in Wohnungen Voraussetzung!

Ich habe diese Petition aus Solidarität mit Kollegen in Adlershof unterschrieben, die sich für eine Willkommenskultur im Wohngebiet einsetzen und sich gegen Hetze zu Recht wehren. Auch war ich am Freitag persönlich zu einem Fototermin vor dem neuen Heim, um zu zeigen, dass es auch Unterstützer des neuen Heims gibt. Abartiger Weise werde ich in Facebook bereits als Organisator der Veranstaltung benannt.

Ich habe aber meiner Unterschrift eine Begründung beigefügt, die heißt:

**Die Erfahrungen im Allende-Viertel in Köpenick zeigen, dass ein freundliches Willkommen zu einem friedlichen Miteinander führt. Grundlage dafür sind die derzeit gültigen deutschen Gesetze. Flüchtlinge sind Menschen in Not, Solidarität tut ihnen und uns allen gut.**

Mit dem Text dieser Petition habe ich aber ansonsten große Probleme. Er enthält viele Passagen, die ich grundsätzlich nicht akzeptieren kann und auch nicht unterstützen will.

Dazu hier im Einzelnen meine Meinung anhand des Textes:

*Der rassistischen Mobilisierung gegen Geflüchtete und ihre Unterbringung, ihre Kriminalisierung und Ausgrenzung insbesondere durch Nazis aber auch einen anschlussfähigen Teil der Bevölkerung sowie Anwohnerschaften muss sich sofort, aktiv und offensiv entgegengestellt werden.*

Kennen die Autoren des Textes wirklich das Denken der Bürger von Adlershof? Warum soll das dort grundsätzlich anders sein als bei uns im Allende-Viertel? Die meisten haben doch kein Problem mit einem Flüchtlingsheim, wenn es gut geführt wird. Es gibt sicher auch in Adlershof da viel Solidarität und Hilfsbereitschaft. Diese Bürger – die Mehrheit – kommen in der Petition aber gar nicht vor. Wer soll denn aber der für Nazis „anschlussfähige Teil der Bevölkerung sowie Anwohnerschaften“ eigentlich sein? Die Bürger, die verunsichert sind, Sorgen haben, den Bedenken glauben, von der Presse immer wieder Gefahren vorgegaukelt bekommen. Oder wird unterstellt, dass alle nur darauf warten „ihren kleinen Hitler rauszulassen“, wie ich jetzt von einem linken Aktivisten hörte. Vielleicht hat ein Teil von Ihnen auch gar keine Bedenken gegenüber Flüchtlingen, sondern nur die Sorge, dass jetzt bei ihnen Nazis aktiv werden könnten, wie ja diesbezügliche Mails beweisen. Als wir im Allende-Viertel um aktives Engagement der Zivilgesellschaft gebeten wurden, habe ich mich gegen eine Focussierung auf Nazis gewehrt. Ich schrieb damals in einer Mail: „Wir rufen hier nicht im Wohngebiet zum Kampf gegen Nazis auf (auch die, die aus was für Gründen auch immer NPD gewählt haben, sind unsere Mitbürger), sondern wollen helfen, dass sich Flüchtlinge hier nicht ängstigen müssen, sondern in uns solidarische Freunde finden. Aktives Mitwirken dabei ist das beste Mittel gegen krudes Denken in bestimmten Köpfen.“ Diese Position hat sich grundsätzlich als richtig erwiesen!

*Erneut versuchen sie über eine Petition hier bei openpetition gegen eine Unterbringung nun in Berlin- Adlershof zu hetzen und Ängste über die Kriminalisierung von Geflüchteten zu schüren.*

Das stimmt. Diese Online-Petition fand bisher über 500 Unterstützer. Die unterstützende Petition mehr als 600. Was sagen diese Zahlen? Doch nichts!

*Weiterhin sollen gesamtgesellschaftliche Probleme und soziale Fehlentwicklungen auf Menschen wegen ihrer vermeintlichen Herkunft, Religion, Lebensweise oder dem sozialen Status reduziert und ethnisiert werden sowie pauschal negative Zuschreibungen auf ganze Bevölkerungsgruppen zu ihrer Kriminalisierung genutzt werden.*

Das ist folgenloses Geschwurbel: Was sind denn „gesamtgesellschaftliche Probleme und soziale Fehlentwicklungen“ im Zusammenhang mit Flüchtlingen. Einfacher wäre zu sagen: Flüchtlinge sind nicht krimineller als durchschnittliche Deutsche. Es gibt ein deutsches Asylrecht, das die Prüfung des Asylbegehrens erfordert. Ganz gleich, warum sich Menschen zu uns auf den Weg machen, sie haben ein Recht auf menschenwürdige Behandlung und Prüfung ihres Begehrens.

*Dagegen ist Solidarität, Unterstützung und Aufklärung notwendig. Fluchtgründe sowie Fehlentwicklungen sowie deren Ursachen, Verursacher\_innen und Profiteuer\_innen müssen benannt und tatsächliche Lösungsansätze eingefordert werden.*

Sehr wahr. Über Fluchtgründe schreibt aber niemand, gleich gar nicht über Ursachen, Verursacher und Profiteure. Und welches sollen die Lösungsansätze sein. Diese kann man auch nicht im Zusammenhang mit der Aufnahme mit Flüchtlingen in einem Wohngebiet diskutieren. Warum fliehen Leute aus Afrika, aus Libyen, aus Syrien, aus Afghanistan, aus Irak – müsste man da nicht nach dem Sinn der dort von den USA und der NATO geführten oder unterstützten Kriege fragen? Deutschland unterbietet sogar seine sehr bescheidenen entwicklungspolitische Ziele in Afrika. Wer ist an den Fluchten wirklich interessiert? Wer hat ein Interesse daran, dass gebildete Leute von Afrika nach Europa kommen und ihr Heimatland schwächen? Warum sind in Deutschland Ärzte und Pflegekräfte vom Balkan (egal ob EU oder außerhalb der EU) willkommen, obwohl es in ihren Heimatländern zum Zusammenbruch des Gesundheitswesens führt? Wer raubt hier anderen Ländern die Intelligenz? Bei uns als notwendige Zuwanderung schön geredet! Wer verspricht anderen, dass sie hier das Paradies erwartet?

*Flucht ist kein Verbrechen und Asyl ein universales Menschenrecht.*

Das ist der falscheste Satz der ganzen Petition! Es gibt kein universales Menschenrecht auf Asyl! Deutschland hat eine Asylregelung in der Verfassung und ein Asylgesetz. Das ist weit davon entfernt, ein universales Menschenrecht auf Asyl anzuerkennen, welches es ohnehin in keiner internationalen Vereinbarung gibt. Egal, ob man die deutsche Gesetzgebung für zu eng hält, hat sie ihre Gründe. Bei allem, was wir zur Unterstützung der Flüchtlinge hier tun, es gilt deutsches Recht. Wer das nicht akzeptiert, will mit den Flüchtlingen als Geiseln die deutsche Gesetzgebung verändern. Das akzeptiere ich nicht! Auch im Interesse der Flüchtlinge nicht! Im Umkehrschluss sollte man vielleicht stattdessen sagen: „Es gibt ein universales Menschenrecht auf Lebensbedingungen, die Flucht und Asyl unnötig werden lassen.“ Das wäre eine Aufgabe für das reiche Deutschland, für die EU und die USA.

*Wir heißen Geflüchtete willkommen und treten für dauerhaft menschenwürdige sowie sichere Lebensbedingungen und eine selbstbestimmte Teilhabe auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens ein!*

Kein Wort mehr von Asyl! Was ist mit jenen, die auf der gültigen Rechtsgrundlage sofort wieder abgeschoben werden müssen, weil sie niemals Asyl hier erhalten. Oder darf nun jeder kommen und eine Wohnung oder Arbeit fordern. So ein Grundrecht haben ja nicht einmal Deutsche! „Welcome refugees!“ – ist richtig, wenn damit der freundliche Umgang mit ihnen gemeint ist, wenn sie hier sind. Als allgemeine Aufforderung an die ganze Welt – als staatlicher Leitspruch – ist der Spruch aber völlig untauglich. So verstehen ihn aber nicht wenige Bürger. Deshalb darf er nur zurückhaltend und beim Verwenden eindeutig verwandt werden. Die sozialen Probleme in der Welt werden nur vor Ort in den Heimatländern der Flüchtlinge gelöst. Flucht löst kein einziges davon, es verlagert nur die sozialen Probleme in andere Teile der Welt, fördert Hass und Zwist.

*Ohne Isolierung, Ausgrenzung, Diskriminierung und Kriminalisierung! Egal wann, egal wo. Ob Berlin Adlershof, Hellersdorf, Leipzig, Schneeberg oder anderswo!*

*Die notwendigen Rahmenbedingungen können wir aktiv und solidarisch mit gestalten und auch einfordern. Gemeinschaftsunterkünfte werden dabei durchaus berechtigt als Teil des Problems und nicht einer Lösung kritisiert. Um sich hier solidarisch gegen Nazis und Rassist\_innen zu zeigen, ist also keine Zustimmung zu einer Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften anstatt in Wohnungen Voraussetzung!*

Was soll denn dieses Argument? Glauben die Autoren, dass die Bevölkerung tatsächlich Wohnungsunterkünfte fordert und Flüchtlinge als unmittelbare Nachbarn wünscht. Wie soll das denn auch gehen, wer soll die Wohnungen auch bereitstellen? Gemeinschaftsunterkünfte sind letztlich Notbehelfe, damit die Asylbegehren überhaupt geprüft werden können. Die Realität ist ja auch, dass nach kurzer Zeit viele Bewohner wieder ausziehen. Wichtig ist, dass diese Unterkünfte guten sozialen Standards entsprechen. Dafür können die Betreiber und die Anwohnerschaft sehr viel tun. Das ist deren Aufgabe. Wer Wohnungen für Asylbewerber fordert, soll sie auch bereitstellen.

**Alles in allem geht die Online-Petition an den eigentlichen Problemen der Etablierung einer Flüchtlingsunterkunft in einem Wohngebiet ziemlich komplett vorbei oder weicht ihnen aus. Besser wäre gewesen, nur um Unterstützung für die neue Unterkunft und die Bewohner zu werben, nicht eine ideologische Auseinandersetzung mit Rechts und mit halbgewalkten Argumenten führen zu wollen. Eine Focussierung auf eine Auseinandersetzung mit Nazis ist eher abschreckend und weckt keine Willkommens-Initiative in der Bevölkerung. Die Mehrzahl will keine Auseinandersetzung mit Nazis vor der Haustür.**

Dass auch das Heim in Adlershof der Solidarität und Unterstützung bedarf, ist für mich keine offene Frage. Auch keine Frage ist für mich, dass, wenn Flüchtlinge hier sind, sie freundlich, menschenwürdig behandelt werden und wir alles tun, damit sie sich hier von den Menschen als Menschen gut behandelt fühlen. Das sichert auch ein friedliches Zusammenleben. Dafür arbeite ich in der Bürgerinitiative und am Runden Tisch im Allende-Viertel. Für mehr stehe ich nicht zur Verfügung.

Eberhard Aurich  
02.04.2014